

georgsmarienhütte im gespräch

Sozialdemokratische
Bürgerinformation



Stationierung im Herbst?

Nach dem heißen Sommer und warmen Herbstanfang ein politisch entscheidender Spätherbst. Werden weitere, noch gefährlichere Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert?

Bei Drucklegung dieser gig wissen wir noch nicht, ob es der Friedensbewegung bei ihren Herbstaktionen gelungen sein wird, noch mehr Mitbürger davon zu überzeugen, daß neue Raketen den Frieden nicht sicherer machen, sondern gefährden, oder ob es den „Anheizern zum heißen Herbst“ (von Staatssekretär Spranger bis zu den Chaoten) gelungen sein wird, das Thema „Abrüstung“ aus den Schlagzeilen zu verdrängen durch Berichte über Zusammenstöße und Krawalle.

Die SPD Georgsmarienhütte beteiligt sich an den Friedensaktionen. Ihr geht es nicht um einen einmaligen Höhepunkt, sondern um beharrliche Weiterarbeit. Schon 1981 hat sich die SPD Oesede an der ersten großen, friedlich verlaufenen Demonstration gegen die neuen Atomraketen beteiligt. Damals, am 10. 10. 1981, beteiligten sich mehrere 100.000 an der Kundgebung in Bonn. 1982 hat sich der ganze Ortsverein Georgsmarienhütte gegen die neuen Raketen gewandt. Und im November 1983 wird es die ganze SPD sein.

Schon jetzt steht fest, daß nach den Beschlüssen der Bezirke und Landesverbände der SPD der Bundesparteitag am 19. November mit eindeutiger Mehrheit die Aufstellung neuer Raketen ablehnen wird.

1984 werden wir uns an der Organisation des 2. Georgsmarienhütter Ostermarsches beteiligen. Der Kampf für den Frieden geht weiter.

Gerhard Brouwer



Inhalt:

Stationierung im Herbst?	S. 1
Bisher ist der Aufschwung ausgeblieben!	S. 2
Soldaten gegen Nachrüstung!	S. 3
„Vom Krieg zum Frieden“	S. 3
Umwelt – Umweltschutz – Umwelt in Gefahr – Umwelt	S. 4
Verkehr – Verkehrspolitik – Verkehrsberuhigung – Verkehr	S. 5
Interview mit Professor Otten, Kandidat für's Europaparlament	S. 6/7
Arbeitszeitverkürzung kontrovers	S. 8
„Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“	S. 8



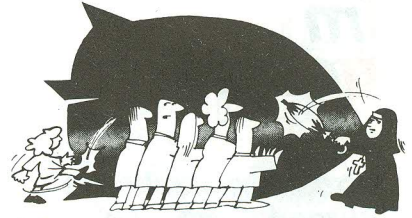
Bisher ist der Aufschwung ausgeblieben!

Ob die Landtagswahlen in Bremen und Hessen den Bundeskanzler aus seiner Selbstgefälligkeit aufgerüttelt haben? Wahrscheinlich noch nicht. In der neuen Koalition und auch in seinen eigenen Reihen greift aber die Erkenntnis um sich, daß es nicht leicht ist, die großspurigen Versprechungen vor der Bundestagswahl vom Tisch zu wischen. Kohl hat den Aufschwung versprochen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einen Ausbildungsplatz für jeden. Daran wird er vom Wähler gemessen. Auf die Dauer wird es nicht genügen, einen optimistischen und selbstbewußten Eindruck zu machen. Auch Kohl wird an seinen Taten gemessen, nicht an seinen schönen Gesten.

Bisher ist der Aufschwung ausgeblieben. Im Gegenteil, seit dem Regierungswechsel ist die Zahl der Arbeitslosen um fast 1/2 Mio. gestiegen. Gestiegen ist auch die Neuverschuldung, und zwar sowohl im Haushalt 1983 als auch im Haushalt 1984. Dort wo es besonders brennt, in der Stahlindustrie, in der Wertindustrie und im Bergbau, lassen Kohl und sein angeschlagener und ausgebrannter Wirtschaftsminister Lambsdorff vollends die Zügel schleifen. Sie setzen auf den Markt, d. h. auf gut deutsch, sie nehmen weitere Firmenzusammenbrüche und damit verbunden weitere Massenarbeitslosigkeit in Kauf in der absurden Hoffnung, daß es nach solchen Katastrophen für die Betroffenen wieder aufwärts gehe. Die Reaktion der Werftarbeiter bei Howaldt in Hamburg und in Bremen bei der Weser AG sowie die Großdemonstrationen in Bonn haben jedoch gezeigt, daß die Arbeitnehmer der Stahl- und Wertindustrie nicht länger bereit sind, die Tatenlosigkeit der Regierung still-

schweigend hinzunehmen. Nun will sich Herr Kohl persönlich um die Krisenherde Stahl, Werften und Bergbau kümmern. Kann man erwarten, daß er dabei mehr Erfolg hat als bei der Einlösung seiner übrigen Versprechen? Bundeskanzler Kohl wird auch noch erfahren: Die Bevölkerung begreift mehr und mehr, daß die rigorose Sparpolitik der neuen Regierung gegenüber den sozial Schwachen verbunden mit Steuergeschenken an die Unternehmer in Höhe von 3,6 Milliarden allein im Jahr 1984, weder die Wirtschaft noch die öffentlichen Haushalte saniert, sondern auch ein Tiefschlag gegen das Gebot der Gerechtigkeit ist und daß Kohl mit seiner Politik der sozialen Demontage den sozialen und den inneren Frieden infrage stellt. Kohl will seinen bisherigen Kurs, wie er nach den Wahlen in Bremen und Hessen angekündigte, beibehalten. Wenn das nur leere Worte wären, wäre es gut für unser Land, denn unser Land wird in große Gefahr geraten, wenn die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht schleunigst zurückgenommen wird.

Dr. Alfred Emmerlich



Aktueller Veranstaltungshinweis:

Donnerstag, 27. 10. um 20.00 Uhr in der Aula der Realschule: Gründe und Konsequenzen der Nachrüstung. Diskussion mit den Vorsitzenden von CDU, SPD, Vertretern der Jungen Union und der Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“.

Neues von Staeck



Zu den Themen „Waldsterben“ und „Frieden“ gibt es zwei neue Collagen von Klaus Staeck (hier in Schwarzweißabbildung). Beide Motive gibt es als Postkarte (0,60 DM) oder als Plakat (6,00 DM). Zu beziehen über: Edition Staeck, Postfach 102063, 6900 Heidelberg.



Alles, was Sie für Ihr Handarbeitshobby benötigen, finden Sie in Ihrem Fachgeschäft

Handarbeitshaus

Volker Haas

4504 Georgsmarienhütte
Karlastraße 18
Telefon 0 54 01/22 25

Soldaten gegen Nachrüstung!

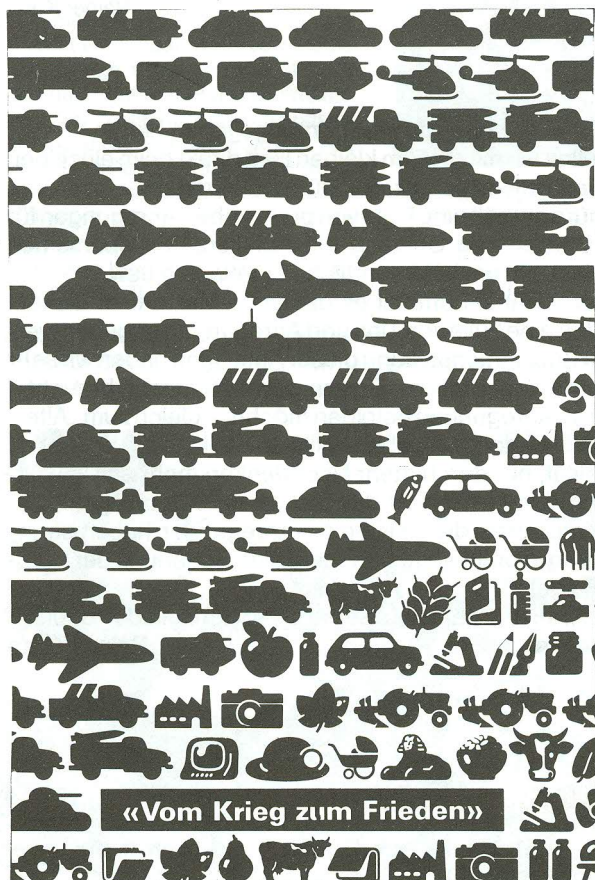
In zwei Monaten soll bei uns in der Bundesrepublik mit der Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen begonnen werden. Hunderttausende gehen überall auf der Welt gegen diese sog. „Nach“-rüstung auf die Straße: Amerikaner und Deutsche, Christen und Pazifisten, Junge und Alte, Ärzte, Gewerkschaftler, Juristen.

Auch wir – ehemalige und aktive Bundeswehrsoldaten aus GMHütte – wollen nicht länger zu dieser Aufrüstung schweigen. Nicht jeder von uns glaubt zwar, daß Frieden erreicht werden kann, indem in einer waffenstarrten Welt ein Land im Alleingang alle Waffen verschrottet. **Aber wir alle wissen, daß die Stationierung der neuen Raketen zur Sicherung des Friedens nicht nötig ist – ja, daß die Pershing II als Erstschlagswaffe zu gebrauchen ist und deshalb den Frieden in Europa sogar unsicherer macht!**

Nicht immer mehr Waffen können den Frieden erhalten, sondern nur eine schrittweise Verringerung der Arsenale beider Seiten. Der Verzicht auf die Aufstellung der neuen Raketen könnte ein erster, kleiner Schritt der NATO in Richtung Frieden sein. Laßt uns diesen Schritt wagen!

Auch Soldaten haben Angst vor dem Atomkrieg – auch wir wollen leben!

Georg Bartelt, Laubbrink 17, OGeFr d. R. / Gerhard Brouwer, Böttcherstr. 24, Olt d. R. / Karl-Heinz Diekmann, Hans-Böckler-Straße 13, Gefr d. R. / Detlef Hengelbrock, Kiewitsheide 9, StUffz d. R. / Wolfgang Heuer, Zur Steinbreede 68, OGeFr d. R. / Klaus Kraegeloh, Im Siek 20, OGeFr d. R. / Martin Polkowski, Im Brooke 21, OGeFr UA d. R. / Andreas Rohleder, Breiter Weg 1, Gefr d. R. / Dieter Selige, Papiermühle 22, OGeFr d. R. / Fritz Thiede, Am Sundern 7, OGeFr d. R. / Reinhold Thiede, Am Sundern 7, OGeFr d. R. / Andreas Timmermann, Jakob-Kaiser-Straße 11, OGeFr d. R. / Martin Voetlause, Gartenbrink 5, Uffz d. R. / Michael Wiek, Jakob-Kaiser-Straße 2, Flg/



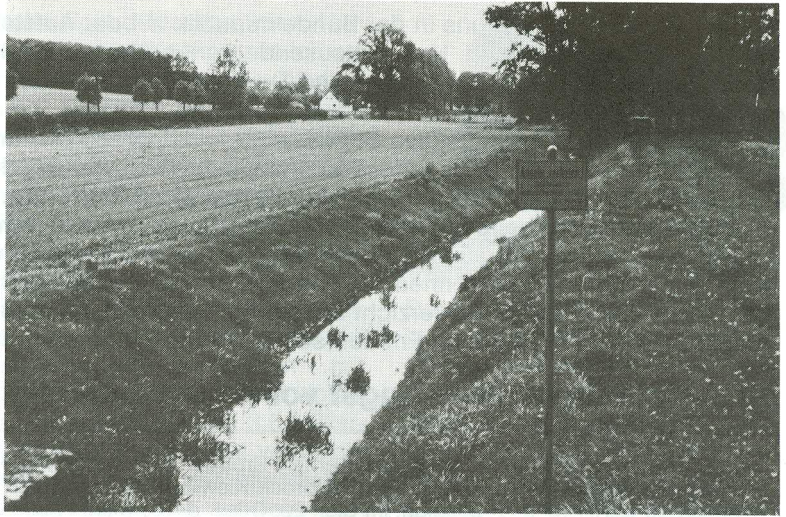
Mehr Demokratie in den Betrieben



Verwaltungsstelle Osnabrück

Umwelt – Umweltschutz – Umwelt in Gefahr – Umwelt

Die Düte in Dröper östlich der Heinrich-Schmedt-Str.: Auch an dieser Stelle (wie am Breenbach) wurde die Düte durch den Unterhaltungsverband verändert. In der NOZ wurde darüber ausführlich berichtet. Auch dieses Foto erlaubt keine „objektive“ Entscheidung darüber, ob der Eingriff „nur“ eine Unterhaltungsmaßnahme oder eine Begradigung, eine massive Veränderung also, war. Ein weiterer Streit darüber ist müßig, da die Maßnahmen realisiert sind. In der Zukunft müssen jedoch vor Maßnahmen Gespräche mit den Naturschützern stattfinden; es muß endlich akzeptiert werden, daß Naturschutzinteressen (unser aller Interessen und vor allem die unserer Kinder!) gleichberechtigt neben den Interessen der Landwirtschaft stehen! Der Ausschuß für Umweltschutz im Stadtrat führt demnächst Gespräche mit dem Unterhaltungsverband, um hier in Zukunft Verbesserungen zu erreichen.



Die Bürger der Stadt sollten sich vor Ort informieren und mit ihren Vertretern in den politischen Gremien sprechen, um dem Umweltschutz bei den Gewässern einen angemessenen Stellenwert zu verschaffen ehe es ganz zu spät ist.

Rainer Korte

Tips und Gedanken zum Umweltschutz –

das ist der Titel einer Broschüre, die die SPD GMHütte in diesem Sommer herausgegeben hat. Neben aktiver Umweltschutzpolitik im Rat der Stadt wollen wir mit diesem kleinen Heft direkt beim einzelnen Bürger für den Umweltschutz werben **und** damit aktiven Umweltschutz des Bürgers anregen.

Die Broschüre enthält eine Fülle von praktischen Anregungen für Haushalt, Garten, den Umgang mit Abfällen, den sparsamen Wasserverbrauch, umweltfreundliches Einkaufen usw.

Hier in Georgsmarienhütte ist es das erste Mal, daß in diesem Umfang solch eine Fülle von Tips und Anregungen gegeben werden. Bei der Zusammenstellung dieser Aussagen haben wir sehr darauf geachtet, realistische Tips zu geben. Niemand braucht – wenn er diese Anregungen befolgen möchte – gleich zum „Alternativen“ werden, der sein Leben völlig umstellt. Ohne Verlust an Lebensqualität, nur durch mehr Nachdenken mehr an Umweltschutz zu erreichen – das ist das Ziel dieser Vorschläge.

Und das Beste daran: die meisten der Anregungen haben bei ihrer Umsetzung in praktisches Handeln eine Schonung der Geldbörse zur Folge!

Die Broschüre ist erhältlich über alle Parteimitglieder oder im Fraktionszimmer.

Rainer Korte



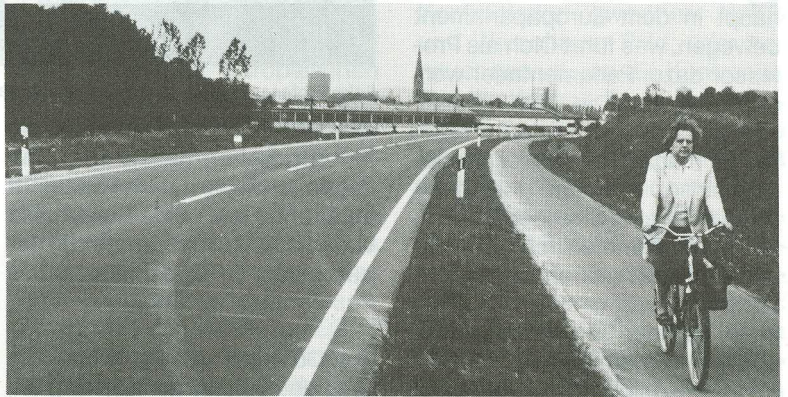
Tannen sterben am Dörenberg

Ort: Hagener Str. in Bad Iburg, Parkplatz „Am Sunderbach“ 300 m rechts hoch, Blickrichtung GMHütte.

Verkehr – Verkehrspolitik – Verkehrsberuhigung – Verkehr



So sieht es seit kurzer Zeit in Kloster Oesede aus. Eine Ampel, die die gefährlose Überquerung der Glückaufstr. garantiert – Verbindung zwischen Dütmann, Markt und Kreissparkasse. Schon lange fordert die SPD eine Fußgängerampel zwischen Aldi und Dütmann in Oesede. Wer dort kauft, weiß, wie gefährlich die Überquerung der Glückaufstr. in diesem Bereich ist, zumal sie dort in einer äußerst schlecht einsehbaren Kurve verläuft. Eben solange setzt sich die SPD für eine Fußgängerampel an der Wellendorfer Str. zwischen der Gaststätte Heuer und der Schule in Dröper ein. Obwohl der Stadtrat diese Forderung einstimmig unterstützt hatte, lehnte der Landkreis mit dem Hinweis auf ein zu niedriges Verkehrsaufkommen ab. Es ist erschreckend, wie leichtsinnig man mit der Sicherheit unserer Kinder umgeht. Wann fangen „die da oben“ endlich an zu begreifen, daß das Wichtigste nicht ein ungehinderter Verkehrsfluß, sondern das Bedürfnis nach Sicherheit für uns und unsere Kinder ist. Die schnelle, rücksichtslose Fahrweise vieler Autofahrer läßt das Überqueren der viel zu breiten Wellendorfer Str. für Kinder und Eltern zu einem Alptraum werden.



Der Radweg entlang der Glückaufstr. ist jetzt über Kloster Oesede hinaus bis zur B 68 (Steiniger Turm) ausgebaut.

Damit ist ein weiterer, wichtiger Schritt zur Verwirklichung des Radwegeplans der SPD von 1979 getan. Er ist einer von den wenigen vorbildlichen, von der Straße durch Grünstreifen abgesetzten, geteerten Radwege.

Annerose Brower

Ein gefährlicher Engpaß an dem Bahnübergang bei Möbel Wiemann (Glückaufstr.): immer wieder wird der Radfahrweg (nur durch einen weißen Strich von der Fahrbahn abgetrennt) von Fahrzeugen mitbenutzt. Die Bahn hat eine Neugestaltung „auf Eis gelegt“. Muß erst etwas passieren?



Interview mit Professor Otten, Kandidat für's Europaparlament

O.: Ich bin 40 Jahre alt, bin seit 10 Jahren hier in Osnabrück an der Universität Professor. Mein Schwerpunkt ist Industriosozologie und dabei wiederum die Fragestellung: Wie wirkt sich die moderne Technologisierung auf Arbeit und Arbeitsmarkt aus, machen Roboter die Arbeit weg? Was macht die Gesellschaft, wenn ihr die Arbeit ausgeht?

gig: Was kann man denn überhaupt in dem Europaparlament bewegen, was führt Dich als Professor dazu, Parlamentarier werden zu wollen?

O.: Wir machen das ja hier an aussichtsloser Position. Ich habe praktisch keine Chancen, ins Parlament zu kommen. Ich trete hier an, nicht etwa weil ich ins Europaparlament will, sondern weil ich finde, daß der Europawahlkampf geführt werden muß mit inhaltlichen Präzisierungen, die ganz wichtig sind für die Zukunft dieser Europäischen Gemeinschaft.

Europaparlament überflüssig???

gig: Was hat denn diese Wahl mit der Europabewegung zu tun? Das Parlament hat doch keine nennenswerte Macht, es kann doch die Regierungen zu nichts zwingen!

O.: Nein, kann es nicht. Es kann nur das Budget der Europäischen Gemeinschaft zu Fall bringen, also dem nicht zustimmen. Dann können die ihren Laden dichtmachen mit der Agrarpolitik, und das haben die Parlamentarier ja auch vor. Sie haben vor, den Agrarmarkt und die Agrarmarktordnung durch Entzug der Zustimmung zum Platzen zu bringen. Die Tatsache, daß das Parlament wenig Kompetenzen hat, muß noch



links Professor Otten, rechts Detlef Hengelbrock (gig)

nicht heißen, daß es überflüssig ist. Abgesehen davon muß man sagen, noch nie hat ein Parlament im Grunde alle seine Befugnisse von vornherein bekommen. In der europäischen Geschichte gibt's das nur bei Revolutionen.

gig: Du hast gesagt, wenn die Wahlbeteiligung ganz gering ist, ist die Europabewegung tot. Wäre das denn überhaupt so schlimm? Ist es denn nicht so, daß es die EG nur so lange gibt, wie die einzelnen Staaten für sich mehr Vorteile als Nachteile sehen? Wenn jetzt Frankreich im Agrarmarkt Vorteile schwinden sieht, tritt es aus der EG aus!

O.: Das glaube ich nicht, es kann keiner austreten.

gig: Aus dem militärischen Teil der NATO ist Frankreich doch auch ausgetreten!

O.: NATO ist ja noch 'was anderes. Das ist ja nur ein Verteidigungsbündnis. Die Europäische Gemeinschaft aber ist die Aufgabe von nationalen Kompetenzen auf supranationale Körperschaften. Es gibt keine eigene französische Agrarpolitik mehr, und der

Preis, den Frankreich bezahlen würde, wenn es wirklich aus der EG austreten würde, was juristisch möglich ist, der wäre so hoch, daß die den nie bezahlen würden.

Aber ganz abgesehen davon, als Herr Klose hier im Rathaus war, hat ihn jemand gefragt, warum er nicht für einen Austritt aus der NATO sei, wenn er das doch so kritisch sähe mit der NATO. Da hat er gesagt, er sei für Sicherheitspartnerschaft und es sei immer einfacher, ein schon bestehendes Bündnis oder eine bestehende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, als erst auseinanderzugehen und sich dann wieder zusammenzuraufen. Dasselbe gilt im Grunde für die europäische Politik doch auch. Es gibt von den Zukunftsproblemen Arbeitslosigkeit, Umwelt, Frieden kein Problem, das man national lösen kann.

gig: Was verbindet uns mit so einer Militärdiktatur wie die Türkei? Wo ist denn da Gemeinsamkeit, wo kann man sagen, in einem Parlament unter einem Europagedanken sollte man zusammenbleiben?

O.: Die Türken sind nicht im Europaparlament. Mit Europa hat die

Türkei nur über die NATO zu tun. Es steht zur Diskussion, ob die Türkei ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft schließt, aber das tun die Ungarn auch, und wir hatten in der Vergangenheit ein Assoziierungsabkommen mit Spanien und Portugal. Die Türkei ist kein europäisches Land, aber in der NATO sind sie drin, und deswegen gilt das Problem natürlich: Was verbindet uns in der NATO mit dieser Diktatur? Da kann ich sagen, gar nichts. Natürlich wäre das ein Grund, die Türkei aus der NATO herauszudrücken, wenn man sich überlegt, daß die NATO ja zur Verteidigung der Demokratie da ist, aber **jeder weiß ja, daß die amerikanischen globalstrategischen Interessen stärker sind, als ihr Engagement für die Demokratie.**

Stahlquoten für Klöckner

gig: In der EG werden ja auch Gelder verteilt, etwa im Stahlbereich. Für uns in GMHütte ist es von besonderem Interesse, daß gegen Klöckner Geldbußen verhängt worden sind.

O.: Die Stahlpolitik in der Europäischen Gemeinschaft ist falsch. Sie geht davon aus, daß die vorhandenen Arbeitsplätze, unabhängig davon, wie weit entwickelt und rentabel die sind, gleich behandelt werden, so daß die moderneren Arbeitsplätze in der Bundesrepublik, speziell in Norddeutschland, Bremen und auch in Osnabrück, genauso behandelt werden wie völlig veraltete in den Niederlanden oder in Belgien oder in Luxemburg. Solange eine Regelung gilt, wonach jedes Land eine bestimmte Menge Tonnen produzieren darf, ist es für die Bundesrepublik lächerlich, speziell für Klöckner. **Die Quoten, die Klöckner in dem Verfahren bekommt, liegen weit unterhalb der Grenze, die Klöckner schaffen**

kann. Das ist eine ganz moderne Fabrik, die könnten viel mehr Stahl produzieren. Was ihnen als Quote übriggelassen wird, ist zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. **Ich finde die Politik des Klöckner-Vorstandes in Grenzen richtig, sich nicht daran zu halten.**

Es müssen die Arbeitsplätze erhalten bleiben im Stahl, die entwickelt sind, die modern sind, und das würde bedeuten: **für die Arbeitsplätze hier in Georgsmarienhütte muß man sich unter allen Umständen einsetzen.** Man muß weiter unter allen Umständen von der Bundesregierung verlangen, daß sie eine Veränderung der Stahlquoten in der Europäischen Gemeinschaft durchsetzt. Das geht in der EG nur mit Einstimmigkeit. Es gab den Versuch, die Einstimmigkeit abzuändern durch die Möglichkeit, mit Stimmenmehrheit zu beschließen. Das Parlament drängt schon lange darauf, und wenn die Bundesregierung, die den Vorsitz der EG im letzten halben Jahr hatte, nicht so versagt hätte, dann hätte das durchgesetzt werden können. Dann wären wir jetzt in der Lage, angesichts der Stahl- und der Werftenkrise zu sagen, wir legen ein Konzept vor und setzen das mehrheitlich durch. Dann wäre eventuell für Klöckner mehr drin als jetzt durch diese verfahrenere Situation.

gig: Vielleicht abschließend noch: Wenn einer sagt, das überzeugt mich noch nicht, ich seh noch immer nicht ein, warum ich unbedingt wählen soll, was sagt man dem dann?

O.: Da kommen wir praktisch wieder auf unsere Ausgangsfrage zurück. Ich kandidiere, weil ich glaube, daß man hautnähere Themen in diesem europäischen Wahlkampf bringen muß als das beim letztenmal der Fall war. Wir müssen in diesem Wahlkampf sa-

gen, wir wollen für Europa die und die Lösung.

1. Wir wollen für Europa eine stabile Friedensordnung und die muß die vorhandenen Verhältnisse, die vorhandenen Zusammenarbeitsmöglichkeiten und Chancen ausbauen. Das heißt, die Europäische Gemeinschaft ist eine Friedensordnung und sie muß über den „Eisernen Vorhang“ (wie man früher gesagt hat) hinweggreifen. Wir müssen zu sicherheitspolitischen Vereinbarungen kommen mit der DDR, mit Polen, der CSSR, mit Ungarn und Jugoslawien von der EG aus, um die Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt, oder genauer gesagt, um die Konfrontation der Weltmächte hier aus Europa wegzukriegen. Das ist eine lebenswichtige Frage, die ist wichtiger als jede andere Frage.

2. Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung in Europa, die uns Chancen eröffnet, mit der Massenarbeitslosigkeit fertig zu werden. Wir haben 13 000 000 Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft, ungefähr die Hälfte davon sind Jugendliche. Wir brauchen ein Konzept für Junge Leute, die recht hochqualifiziert sind, bei uns wie auch in den anderen Ländern, und das kann nur eine zukunftsweisende Wirtschaftsordnung sein, in der Selbsthilfe und Autonomie und Selbstorganisation eine ganz wichtige Rolle spielen.

gig: Also geht es Dir nicht in erster Linie um Deinen Wahlerfolg und das Wahlergebnis für die Partei, sondern darum, daß der Wahlkampf besser geführt wird?

O.: Es geht mir natürlich auch um einen hohen Wahlerfolg der Partei. Ich glaube schon, daß die SPD in der Wahl über 45% kommen sollte. Aber es geht mir insbesondere um die inhaltliche Auseinandersetzung.

Arbeitszeit- verkürzung kontrovers:



Georgs- marienhütte atomwaffenfrei



Bild vom Ostermarsch 1983: die SPD ist der Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“ beigetreten und wird den Ostermarsch 1984 mitorganisieren. Es sind inzwischen genügend Unterschriften gesammelt worden, um den Antrag, Georgsmarienhütte zur „Atomwaffenfreien Zone“ zu erklären, dem Rat vorzulegen. Das wird demnächst geschehen. Unterschriften können aber immer noch nachgereicht werden.

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ortsverein
Georgsmarienhütte
Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:
Klaus Kraegeloh, Im Siek 20,
Tel. (054 01) 5325
Redaktion:
Klaus Kraegeloh,
Dieter Selige, Robin Morrison,
Bernd Völkel, Detlef Hengel-
brock, Gerhard Brouwer
Satz und Druck:
Druckerei Günter, GMHütte,
Oeseder Straße 70
Auflage: 9 000 Stück